

Antrag

der Abg. Manfred Groh u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Rohstoffsicherheit

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sie die Auswirkungen des wieder anspringenden weltweiten Wirtschaftswachstums auf die Rohstoffversorgung der baden-württembergischen Unternehmen beurteilt;
2. ob sie Zusammenhänge zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandprodukts und der Rohstoffpreisentwicklung sieht und gegebenenfalls wie sich diese auf baden-württembergische Unternehmen auswirkt;
3. wie baden-württembergische Firmen in diesem Bereich unterstützt werden können;
4. ob und inwieweit sie insoweit in Kontakt mit der Bundesregierung steht;
5. welche Bereiche vordringlich aufgrund der aktuellen Entwicklung auf den Rohstoffmärkten betroffen sind;
6. ob und inwieweit sie eine finanzielle Förderung durch das Land im Wege von direkten Finanzhilfen oder durch Bürgschaften und Garantien für Unternehmen des Landes als notwendig erachtet.

20. 07. 2011

Groh, Nemeth, Jägel, Razavi, Röhm, CDU

Begründung

Die Auswirkungen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise scheinen überwunden. Das derzeitige weltweite Wirtschaftswachstum erzeugt eine starke Nachfrage nach Rohstoffen. Zusätzlich erfordern neue Anwendungsbereiche im High-Tech-Bereich neue Anwendungsgebiete für zahlreiche Rohstoffe und dadurch einen deutlich höheren Verbrauch. Deutschland hat zwar Restbestände an Kohle sowie Bestände an Steinen, Erden und Salzen, jedoch kaum mehr eine Bergbauindustrie für Industriematerialien. Gleichzeitig sind Energieträger wie Öl und Gas, aber auch Edel- und Industriemetalle sowohl für die traditionelle als auch für die High-Tech-Industrie in Deutschland unverzichtbar. Dies gilt erst recht für Baden-Württemberg mit seiner ausgeprägten Exportindustrie. Ziel dieses Antrags ist es zu erfahren, wie die Landesregierung die Problematik beurteilt, welche Handlungsoptionen gesehen werden und wie die baden-württembergische Wirtschaft im Rahmen vorhandener Politikinstrumente im Bund und bei der EU bei Fragen der Rohstoffsicherung unterstützt werden kann.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 12. August 2011 Nr. 4704.165 nimmt das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. wie sie die Auswirkungen des wieder anspringenden weltweiten Wirtschaftswachstums auf die Rohstoffversorgung der baden-württembergischen Unternehmen beurteilt;

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat zu einem Anstieg der Rohstoffpreise in der Breite geführt. So ist der Rohstoffpreisindex des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) – ein anerkannter und umfassender Indikator für die Preisentwicklungen auf den Weltrohstoffmärkten – von Januar bis Dezember 2010 in Euro um rund 31 Prozent gestiegen und hat sich bis Juni 2011 weiter leicht erhöht. Angesichts der auftretenden Konjunktursorgen an den Finanzmärkten ist allerdings nicht zwangsläufig von einem weiter stark steigenden Rohstoffpreisindex und einer entsprechend zeitversetzt darauf reagierenden Nachfrage von Investitionsgütern auszugehen. Vor diesem Hintergrund sind auch rückläufige Preise einzelner Rohstoffe möglich. Die Volatilität und Komplexität der gegenwärtigen Marktsituation lässt jedoch sichere Prognosen nicht zu.

Neben dem Weltwirtschaftswachstum wird die Rohstoffversorgung der baden-württembergischen Unternehmen auch durch politische Maßnahmen beeinflusst: Aufgrund der weltweit ungleichen Verteilung von Rohstoffvorkommen sind die Unternehmen in Baden-Württemberg auf Rohstoffimporte aus den wenigen rohstoffreichen Ländern angewiesen. Diese Länder sind zunehmend geneigt, strategisch wichtige Rohstoffe – wie Energierohstoffe, Eisen, Basismetalle, Edelmetalle, Sondermetalle, Seltene Erden und für die chemische Industrie wichtige Industriemineralien – für sich selbst zu behalten. Einzelne Exportländer führen aufgrund ihrer Marktmacht bereits künstliche Marktbeschränkungen herbei – etwa Ausfuhrzölle, Preisfestsetzungen, Mengenbeschränkungen, verzögerte Erschließungen oder Hemmnisse für ausländische Bergbauunternehmen – die sich in Form von zusätzlichen Preissteigerungen und Verknappungen auf dem Weltmarkt auswirken. Vor diesem Hintergrund kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Rohstoffe zumindest zeitweise kurzfristig nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Indium (Anwendung z. B. in der Elektronikbranche) und Gallium (Solarzellenproduktion) könnten aufgrund der steigenden Nachfrage darunter sein. Bislang kann-

ten vereinzelte Engpässe durch Sofortmaßnahmen, etwa Beschaffung per Luftfracht und/oder Lieferantenwechsel, stets behoben werden.

2. ob sie Zusammenhänge zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Rohstoffpreisentwicklung sieht und gegebenenfalls wie sich diese auf baden-württembergische Unternehmen auswirkt;

Die Gesamtentwicklung an den Rohstoffmärkten wird maßgeblich von der Nachfrageseite beeinflusst. Schwankungen des weltweiten Wirtschaftswachstums und die damit einhergehenden Nachfrage- und Angebotsüberhänge sorgen für Boom- und Baissephasen auf den Rohstoffmärkten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Rohstoffpreise. Besonders das kräftige Wachstum in den Schwellenländern hat zu einem deutlichen Preisanstieg bei zahlreichen Rohstoffen geführt.

In den Entwicklungs- und Schwellenländern, die einen großen Teil der Rohstoffe produzieren und exportieren, begünstigen steigende Rohstoffpreise tendenziell das Wirtschaftswachstum über höhere Exporterlöse. In den Industriestaaten als Verbrauchsländer haben steigende Rohstoffpreise zum Teil höhere Exportwerte, aber vor allem auch höhere Importwerte und nachlaufend in der Regel höhere Verbraucherpreise zur Folge. Deutschland als Exportland profitiert in der Regel von steigenden Rohstoffpreisen aufgrund einer höheren Nachfrage aus den Entwicklungs- und Schwellenländern nach deutschen Waren und Dienstleistungen. Starke Rohstoffpreisanstiege, die über einen längeren Zeitraum hinaus andauern, können sich aber in der mittleren bis langen Frist durchaus negativ auf die industrielle Produktion und damit auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken.

In Deutschland sind die Einfuhr- und die Großhandelspreise im Jahr 2010 um 7,7 bzw. 5,9 Prozent gestiegen. Hingegen erfolgte bei den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte lediglich ein moderater Anstieg von 1,6 Prozent. Auch war die Teuerungsrate der Verbraucherpreise mit 1,1 Prozent im Jahr 2010 moderat. Allerdings haben sich insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2010 die gewerblichen Erzeugerpreise sowie die Verbraucherpreise vergleichsweise kräftig erhöht. Im Juli 2011 betrug die Teuerungsrate der Verbraucherpreise 2,4 Prozent.

Die baden-württembergische Wirtschaft muss sich ihre Rohstoffe größtenteils auf den Weltmärkten beschaffen. Bei Energie- und metallischen Rohstoffen besteht nahezu eine vollkommene Importabhängigkeit. Besonders für die baden-württembergische Industrie führt ein Anstieg der Rohstoffweltmarktpreise zu einem Auftrieb bei den Produktionskosten. Tendenziell schmälert der Kostenanstieg die Gewinnmargen der Unternehmen, weil er nur zum Teil auf die Verkaufspreise der hergestellten Produkte überwälzt werden kann. In der Regel zeigt sich bei einem nachhaltigen Anstieg der Rohstoffpreise etwa drei Monate später eine Preiserhöhung bei den deutschen Vorleistungsgütern und sieben Monate später auf den nachgelagerten Stufen der industriellen Fertigung. Der nach etwa elf Monaten zu verzeichnende Anstieg der Erzeugerpreise ist im Durchschnitt deutlich schwächer ausgeprägt als die ursprüngliche Rohstoffpreiserhöhung. Dies schließt allerdings nicht aus, dass bei einzelnen Produktarten durchaus starke Preissteigerungen auch bei den Erzeugerpreisen stattfinden.

3. wie baden-württembergische Firmen in diesem Bereich unterstützt werden können;

Zur Unterstützung von baden-württembergischen Firmen in diesem Bereich legt die Landesregierung einen Schwerpunkt auf das Thema „Ressourceneffizienz und Umwelttechnologie“. Ein vorrangiges Ziel der Landesregierung ist es, die nahezu vollständige Importabhängigkeit von Rohstoffen Baden-Württembergs durch die Erhöhung der Ressourceneffizienz im Land zu reduzieren.

Mit der Gründung des „Innovations- und Technologiezentrums Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz Baden-Württemberg“ (INUTEC-BW) am 11. Mai 2011 hat das Land einen wichtigen Schritt unternommen. Die INUTEC-BW GmbH wird künftig die Aktivitäten des Landes koordinieren, die Kompetenzen bündeln, die Beratung und Information der Akteure verbessern, strategische Fragestellungen zur weiteren Entwicklung von Umwelttechnologie und Ressourcen-

effizienz bearbeiten sowie die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung im Dialog mit den Wirtschaftsorganisationen und -verbänden eine integrierte Landesstrategie „Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz“ entwickeln, um die mittel- und langfristige Entwicklung der für die baden-württembergische Industrie relevanten Rohstoffe und deren Auswirkung einzuschätzen sowie mögliche Handlungsoptionen zu eruieren. Mit einem Ressourceneffizienz-Kongress im Rahmen des Landesjubiläums will die Landesregierung 2012 das Thema umfassend präsentieren und diskutieren.

Zukünftig erforderlich sind vor allem Maßnahmen im Bereich Substitution, Recycling und Materialeffizienz. Dabei können z. B. Forschungsvorhaben unterstützt, das Recycling von metallischen Abfällen gefördert oder Maßnahmen zur Verminderung des Abflusses von Rohstoffen in Länder mit weniger umweltfreundlichen Aufarbeitungsprozessen ergriffen werden.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft fördert bereits die Entwicklung von ressourceneffizienten Technologien über die Wertschöpfungskette bis hin zur Marktreife aus Mitteln des europäischen Strukturfonds EFRE und Landesmitteln. Um die Verbreitung von besonders materialeffizienten baden-württembergischen Produkten zu unterstützen und deren Vermarktung zu erleichtern, vergibt es außerdem alle zwei Jahre den Umwelttechnikpreis in der Kategorie Materialeffizienz.

Zusätzlich unterstützt das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft ebenfalls aus Mitteln des europäischen Strukturfonds EFRE landesweite Innovationsnetzwerke wie z. B. automotive-bw, manufuture-bw, Mechatronik BW, die Allianz Faserbasierte Werkstoffe BW e. V. (AFBW) sowie das Netzwerk Umwelttechnologie. Im Netzwerk automotive-bw gibt es sogenannte TecNet-Gruppen u. a. zu den Themen „Effizienztechnologie“ und „Leichtbau“. Der Leitgedanke von manufuture-bw beruht auf der Tatsache, dass Wissen der entscheidende Wettbewerbsfaktor im Transformationsprozess von den Rohstoffen zu Produkten ist. Die Produktion wird in diesem zukunftsorientierten Konzept als ein ganzheitliches, sozio-technisches System verstanden, welches den gesamten Lebenslauf von der Entwicklung bis zum Lebensende der Produkte überdeckt.

Zur Zusammenführung von Wissenschaft und Wirtschaft und zur Verbesserung des Technologietransfers fördert das Land außerdem zahlreiche Maßnahmen und Clusteraktivitäten. Ein Beispiel hierfür ist das Fraunhofer Innovationscluster KITE hyLITE, ein Verbund mit über dreißig Partnern aus Forschung und Industrie mit dem Fokus auf der Erforschung neuer Technologien für den hybriden Leichtbau. Ziel ist die Entwicklung von leichten Strukturen vorzugsweise auf Basis von Faserverbundkunststoffen und Materialkombinationen zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs und der damit verbundenen CO₂-Emissionen.

Weiter wurde ein Technologie-Cluster Composites (TC2) zum Ausbau der wissenschaftlichen Aktivitäten im Land und als Schnittstelle zur Wirtschaft sowie eine zentrale Ansprechstelle, die Koordinierungsstelle Leichtbau, bei der e-mobil BW zur Verzahnung der zahlreichen Aktivitäten, Forschungseinrichtungen und Akteure im Land eingerichtet.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft veranstaltet gemeinsam mit der Allianz Faserbasierte Werkstoffe e. V. (AFBW), dem Carbon Composite e. V. (CCeV) und der e-mobil BW im Oktober dieses Jahres einen Kongress „Faserverbundtechnologie – Chancen und Märkte für KMU.“ Ziel der Veranstaltung ist, vor allem kleinen und mittleren Unternehmen den Einstieg in diese neuen Technologien zu erleichtern und eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung zu bieten.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Unterstützung der Unternehmen im Rahmen von Auslandskontakten sowie die Vereinbarung von Rohstoffabkommen zwischen Export und Importländern, um damit die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen hinsichtlich ihrer Erkundung und Gewinnung zu gewährleisten und Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Dabei geht es auch darum, auf die Einhaltung der Menschenrechte sowie allgemein anerkannter sozialer und ökologischer Standards hinzuweisen. Primär sind hierfür die EU und der Bund zuständig.

Aber auch die Landesregierung wird im Rahmen ihrer vielfältigen Kontakte eine enge Verbindung mit heimischen Rohstoff-Unternehmen pflegen und gegenüber

ausländischen Staaten, die selbst über Rohstoffe verfügen, diese Thematik in geeigneter Weise ansprechen. Damit sollen Rohstoffinteressen baden-württembergischer Unternehmen politisch flankiert werden. Die jeweiligen Interessenslagen sind differenziert und branchenspezifisch zu betrachten.

Darüber hinaus vertritt die Landesregierung diesbezügliche Anliegen der baden-württembergischen Wirtschaft auch gegenüber der EU, dem Bund und internationalen Organisationen. Hier wirkt das Land im Rahmen seiner Möglichkeiten auf mehr Transparenz auf den internationalen Rohstoffmärkten hin. Darüber hinaus ist auch im Rahmen der Handelspolitik die Forderung nach einem freien Marktzugang zu Rohstoffen ohne Exportbeschränkungen notwendig.

4. ob und inwieweit sie insoweit in Kontakt mit der Bundesregierung steht;

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft steht in Kontakt mit dem Bundeswirtschaftsministerium. Es hat zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung unterstützende Beiträge geleistet.

5. welche Bereiche vordringlich aufgrund der aktuellen Entwicklung auf den Rohstoffmärkten betroffen sind;

Von den in den Ziffern 1 und 2 beschriebenen Entwicklungen sind grundsätzlich alle Wirtschaftsbereiche betroffen. Je nach Marktstellung, Preisüberwälzungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten, Absicherungsstrategie, Substituierbarkeit, Fertigungsstufe und Rohstoffanteil am jeweiligen Produkt ist allerdings von sehr unterschiedlichen Auswirkungen auf die einzelnen Branchen und Unternehmen auszugehen.

Eine vordringliche Betroffenheit ist in Bereichen anzunehmen, in denen Rohstoffe Anwendung finden, die in der Studie der Europäischen Kommission „Critical raw materials for the EU“ aus dem Jahr 2010 sowie der Studie „Rohstoffe für Zukunftstechnologien“ des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung aus dem Jahr 2009 genannt sind. Es handelt sich um folgende Rohstoffe: Antimon, Beryllium, Chrom, Fluorit, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Kobalt, Kupfer, Magnesium, Niob, Platinmetalle, Selen, Seltene Erden, Silber, Tantal, Titan, Wolfram und Zinn.

Diese Rohstoffe finden vorwiegend in folgenden Bereichen Anwendung: Maschinen- und Anlagenbau, Automobilindustrie, chemische Industrie, elektrische Industrie, Energiebereiche, Informations- und Kommunikationstechnik, Luftfahrtindustrie, Materialwirtschaft, Medizintechnik, Mikroindustrie, Optische Industrie und Umwelttechnik.

Verfügbarkeitsprobleme bei Seltenen Erden sind z.B. in der chemischen Industrie, u. a. in folgenden Einsatzgebieten bekannt:

- Autoabgas- und Raffineriekatalysatoren
- Additive, Hitzestabilisatoren
- Legierungs- und Dotierungselemente in Beschichtungspulvern
- Oberflächenbehandlung
- Glas, Keramik, Leuchtstoffe
- Homöopathische Arzneimittel

6. ob und inwieweit sie eine finanzielle Förderung durch das Land im Wege von direkten Finanzhilfen oder durch Bürgschaften und Garantien für Unternehmen des Landes als notwendig erachtet.

Die Landesregierung hält eine finanzielle Förderung durch das Land unter dem Aspekt der Rohstoffversorgung über die bereits bei L-Bank und Bürgschaftsbank bestehenden Angebote hinaus derzeit für nicht notwendig. Sie wird die weitere Entwicklung besonders im Hinblick auf die Versorgungssicherheit der heimischen Wirtschaft weiter sorgfältig beobachten und engen Kontakt mit den Wirtschaftsverbänden und besonders betroffenen Unternehmen halten. Ggf. wird die

Landesregierung im Dialog mit den Wirtschaftsorganisationen und -verbänden und unter Berücksichtigung der Maßnahmen des Bundes und der EU prüfen, ob und inwieweit die baden-württembergische Wirtschaft bei Fragen der Rohstoff-sicherung zusätzlich unterstützt werden kann.

Rust

Staatssekretär